

Biesbaden, 26. Juli 1916.

Schönfärberei.

In den Mittheilungen aus dem Kriegsernährungsamt wird in überzeugender Weise nachgewiesen versucht, daß der Ernährungsstand des deutschen Volkes als geradezu glänzend bezeichnet werden kann. Von Entbehrungen könne man nicht reden, höchstens von Einschränkungen. Diese Behauptung sucht man auf eine Einseitigkeit, die ein Arzt in einer wissenschaftlichen Zeitung veröffentlicht hat, zu stützen. Dieser Arzt erklärt, daß er an einem viele Tausende umfassenenden Beobachtungsmaterial aus allen Schichten der männlichen Bevölkerung des Stadt- und Landkreises Bonn im wehrfähigen Alter verschiedene Schätzungen der Gesundheit und Leistungsfähigkeit durch die Kriegsernährung nicht habe feststellen können und daß ihm ebenso wenig abweichende Beobachtungen anderer Aerzte bekannt geworden seien. Zu den gleichen Ergebnissen seien, wie man wisse, Untersuchungen gekommen, die neuerdings über den Gesundheitsstand der Schulfinder in verschiedenen Bezirken angestellt wurden, und die — sehr günstigen — Ziffern der allgemeinen und der vererblichen Leiden keinen schädlichen Einfluß der Kriegslage auf die Lebenskraft des Volkes. Besser als alle Salorienrechnungen zeigten diese Feststellungen, daß wir nur aus mancherlei vergifteten, aber keineswegs wahrhaft und wirksam darben.

Ob gerade Bonn und seine Umgebung als ein Gebiet angesehen werden darf, das als typisch für die Verhältnisse in Deutschland angesehen werden kann, scheint doch recht zweifelhaft zu sein. In Wirklichkeit sind die Verhältnisse eben doch ganz anders. Man hat nur nötig, sich in Industriegebieten, wie z. B. in Frankfurt, Offenbach, in den Umgebungen des Mainkloß u. s. w., umzusehen, ganz zu schweigen von den vorwiegend handindustriellen Gegenden, und man wird bestärkt finden, daß Erwerbslose und Kinder in großer Zahl an Unterernährung leiden. Es ist besser, die Tatsachen so zu geben, wie sie sind, statt lieber zu entwerfen, die in grossem Widerspruch zur Wirklichkeit stehen. Hat doch gerade die Beobachtung des schädlichen Einflusses der mangelhaften Kriegsernährung auf das körperliche Wachstum und die geistige Entwicklung und Ausbildung der Kinder sogar den russischen Kultusminister zu einer Verfügung veranlaßt, in der Mittel und Wege zur Bekämpfung jener auf der Kriegsanterernährung beruhenden Gefahren gesucht werden.

Die Buttererzeugung in Hessen.

In Hessen besaßen noch den Mitteilungen der Grobgr. Zentralstelle für die Landesstatistik zurzeit 56 Molkereibetriebe, und zwar in der Provinz Starkenburg darunter 3 im Kreise Dieburg), 44 in Oberhessen (Kreis Siegen 6, Kassel 7, Wüdingen 9, Friedberg 4, Lauterbach 10, Schotten 8) und 5 in Rheinhessen. Sie hatten im Dezember 1915 eine Buttererzeugung von 1746 Zentner aufzuweisen, im Januar 1907, Februar 1880, März 1040, April 1842 und im Mai d. J. 2340 Zentner. Von der Raimenge entfallen auf Starkenburg 70 Zentner, auf Oberhessen 221 und auf Rheinhessen 7 Zentner. Welche Buttermengen außerdem in den landwirtschaftlichen Betrieben unmittelbar hergestellt werden, ist unbekannt. Hierbei wurden bedauerlicherweise niemals, auch nicht während der Kriegszeit, Erhebungen angestellt. Jedenfalls steht aber nach Ansicht der Zentralstelle für die Landesstatistik fest, daß die im Grobgr. erzeugte Buttermengen im Verhältnis zur Anzahl der Milchflühe gering sind, weil große Mengen Vollmilch nach Frankfurt, Wiesbaden, Kasselburg, Darmstadt, Ludwigshafen und andere außerhessische Städte ausgeführt werden. (Aber jetzt nicht mehr, Frankfurt bekommt jetzt vorwiegend Magermilch. Red. d. B.). Große größeren Städte des Großherzogtums, wie z. B. Mainz, waren sich in Friedenszeiten fast ausschließlich mit ausländischer Butter versorgt. Welche Störungen hieraus für die Bevölkerung entstehen konnten, hat sich während des Krieges in empfindlichster Weise gezeigt.

Achtung! Parteigenossinnen und Genossen. Wir machen hier nochmals auf die heute abend stattfindende Mitgliederversammlung aufmerksam und bitten um zahlreiches Erscheinen.

Der Vorstand.

Sitzung Vorstände und Kartelldelegierten. Am Mittwoch den 1. August, abends 9 Uhr, findet eine gemeinsame Sitzung der Gewerkschaftsvorstände und Delegierten statt, worauf wir besonders aufmerksam machen. Welchseitig bitten wir die Arbeiterorganisationen, für diesen Tag andere Sitzungen nicht anzuberaumen.

Abgabe von Lebensmitteln für Kranke. In Rücksicht auf die Schwierigkeiten, welche die Kranken beim Bezuge von Butter, Eiern, Hülsenfrüchten usw. in Folge der streng geregelten Verteilung von Lebensmitteln haben, hat sich der Magistrat beurlaubt gesehen, für die Kranken die erforderlichen Mengen an Butter, Eiern, Hülsenfrüchten usw. sicherzustellen und zwar in dem Städtischen Verkauf, Adolfsstr. 1. In diesem Laden können die Waren gegen Vorlegung der Lebensmittelbescheinigung für Kranke laufend abgeholt werden. Bezüglich Rahm- und Weißbrot, Sahne, Milch und Fleisch bleibt es bei dem bisherigen Verkaufsverfahren.

Neue Gierkarten. Von heute ab werden in der Städtischen Kartenausgabe, Schwalbacher Straße 8, neue Gierkarten zusammen mit den Brotmarken ausgegeben. Da in jeder Woche ein Viertel der Einwohnererschaft neue Brotmarken erhält, wird sich bei dieser Regelung die Ausgabe der neuen Gierkarten auf 4 Wochen erstrecken. Die neuen Karten werden erst nach Ablauf dieser Zeit gültig. Es ist daher völlig gleichgültig, ob man die Karten bereits in dieser oder erst in einer der nächsten Wochen erhält, und es liegt kein Grund vor, sich um die vorzeitige Aushändigung der Karten zu bemühen.

Gegenseitige Anerkennung von Reichsbrotmarken. Aus unserer Bekanntmachung des Landes-Getreide-Amtes im Anhangsteil geht hervor, daß zwischen Preußen und Sachsen Vereinbarungen über gegenseitige Anerkennung der Reichsbrotmarken zustande gekommen sind. Nach diesen erhalten Reisende Brot in Sachsen auch gegen preussische Reichsbrotmarken, in Preußen auch gegen sächsische Reichsbrotmarken.

Ein Liebesabenteuer? In das „Baulinensstift“ wurde während der verflochtenen Nacht ein junger Mann aus der Moritzstraße eingeliefert, welcher mit einer Schußwunde in der Brust auf dem Hof eines Hauses an der Döbbermer Straße aufgefunden worden war. Man erzählt sich, der Mann habe in dem Haus mit einer Frau hinter dem Rücken ihres Mannes eine Liebschaft unterhalten. In der betreffenden Nacht sei er dort von dem Mann überrascht worden, und dabei habe seine Verletzungen davongetragen. Das Wahre an dieser Erzählung ist, läßt sich noch nicht sagen.

Ferienpaziergänge. Die Beteiligung an dem gestrigen ersten Ferienpaziergang belief sich auf rund 2500 Kinder, wie auch in den früheren Jahren in der Hauptstadt Mädchen.

Gustav Frehtag 100. Geburtstag. Für die durch die Stadt dem Dichter anlässlich seines 100. Geburtstages, am 13. d. M., erwiesene Ehrung hat dessen Sohn, Professor Dr. G. Frehtag in München, dem Magistrat noch schriftlich den Dank der Familie Frehtag abgeflattet.

Gerichtssaal.

Wiesbaden, 25. Juli. (Die gefundenen Zerkel-
würste.) Würste sind zurzeit ein seltener und daher vielbegehrter
Artikel. Umso mehr war eine Gesellschaft von drei Leuten freudig
überrascht, als sie eines frühen Morgens auf einem Ausgange über
eine größere Menge erstklassiger Zerkelwürste geradezu stolpern.
Sie laßen die Würste fein säuberlich auf und nahmen sie mit sich
in ihre Wohnung. Die Polizei besah jedoch Lunte davon und be-
schlagnahmte die schönen Würste. Wie sich später ergab, war in der
Nacht vorher in einem Delikatessengeschäft an der Wallrathstraße
von zwei jugendlichen Burchen ein Einbruch verübt worden, bei dem
die Würste die Beute waren, die sie auf der Flucht verloren oder
weggeworfen hatten. Die Finder waren die Ehefrau des Blumen-
händlers Gaffka, ihr Vater, der Waisproduktengändler Franz Weber
und die Ehefrau des letzteren, alle aus Weidenstadt, zurzeit aber
hier wohnend und wegen Schleierei mehrfach vorbestraft. Das
Schöffengericht bestrafte sie wegen Fundunterschlagung jeden mit
zwei Tagen Gefängnis.

Aus dem Kreise Wiesbaden.

Diebstahl a. Hb., 26. Juli. (Brand.) In der Nacht vom 23. zum 24. Juli brannte das Anwesen Rohmühle, genannt die Weidachmühle, in der Rothheimer Straße, vollständig nieder. Die Rohmühle war ein bekannter Ausflugsort. Nur die Ställe und Scheune konnten gerettet werden. — (Ferienpausiergänge.) An den Ferienpausiergängen im 1. Bezirk beteiligten sich am ersten Tag 728 Kinder.

Wersdorf, 24. Juli. (Rede Diebe.) Als die Frau des Landwirts Franzlenbach am frühen Morgen den Stall betrat, um die Kühe zu melken, sah sie zu ihrem Entsetzen, daß ein anderer, der jedenfalls auch unter der Mischmaggenheit zu leiden hatte, das Geschäft vor ihr schon besorgt hatte. Mit Mühe und Noth zapfte sie noch den Tagesbedarf für den eigenen Haushalt zusammen, der aber schließlich über einen Vorrath nicht gebracht werden konnte. Der Mischdieb hat gründliche Arbeit geübt.

Vom Mittelrhein, 24. Jult. (Unglücksfall.) Ein Soldat, seine 17 Jahre alte Waise und der Sohn eines Schiffers fuhren von Niederperp nach Niederlahnstein, um dort auf einem Schiffe verschiedene Sachen abzuholen. Sie unternahm diese Fahrt in einem Nachen. Auf der Rückfahrt versuchten sie ihren Nachen an das Anhangsschiff eines bergwärts fahrenden Dampfers anzuhängen, um schneller voranzukommen. Dabei stieg der Nachen aber um und die Insassen stürzten ins Wasser. Die beiden jungen Männer vermachten sich zu retten, das Mädchen aber, das in Niederperp zu Besuch gewesen war, ist in den Wellen verschwunden und ertrunken.

Aus den umliegenden Kreisen.

Unterlieberbach, 25. Juli. (Volksbad.) Am Sonntag besuchte außer der Gemeindevertretung auch ein großer Teil unserer Einwohnerschaft das Volksbad in dem neuen Schulhausneubau. Die großartigen Badeeinrichtungen wurden allseits bewundert und herrschte nur eine Stimme des Lobes, nicht nur über die geschmackvollen und soliden Arbeiten, sondern auch über den praktischen Wert. Es sind 26 Baderäume vorhanden, von denen allein 17 für Brausebäder, die übrigen sind Bannenbäder verschiedener Art. Außerdem befindet sich noch für unsere Schulkinder ein großer Raum mit 3 Bädern, in denen die gemeinsamen Duschen verabreicht werden. Da auch der nächste Sonntag von 2—8 Uhr dem Publikum zur Besichtigung noch freigestellt ist, so sollte niemand veräumen, sich die zweckmäßigen Einrichtungen anzusehen, zumal der Besuch mit seinen Unkosten verbunden ist.

Nied. 24. Juli. (Ein ungastlicher Gefelle.) Ein Unbekannter mietete sich hier bei einer Witwe H. in der Dittenstraße ein. Als er am nächsten Morgen geweckt werden sollte, war er bereits verschwunden, und mit ihm der Kuss des verstorbenen Mannes der Frau H. wie auch Frauenkleider.

Obertsfel, 25. Juli. (Todesfall.) Nach längerem Leiden verstarb hier im Alter von 78 Jahren der Dichter und Schriftsteller Stad. Der Verstorbene war ein begeisterter Freund der Tau-
nusbörge, die er in vielen Gedichten verherrlicht hat.

Bad Homburg, 25. Juli. (Staatsverordnetenversammlung.) In die Kommission zur Vereinigung der Einkommen werden die alten Mitglieder wiedergewählt. Als Nachtreib zu verschiedenen Positionen des städtischen Etats werden 5174 M. bewilligt. Die Rechnung der Ordner-Pensionskasse wird dem Finanzsausschuß überwiesen. Ein Austausch von Gelände zwischen Kaiser-Wilhelmstraße und Schöne Aussicht mit dem Eisenbahnbüreau wird nach Vorschlag des Magistrats aufgegeben. Die Bewilligung einer Kriegszulage an Beamte und Angestellte mit einem Einkommen unter 2000 M. soll derartig geregelt werden, daß nach dem Vorschlag des Magistrats pro Arbeitsjahr 20 Pfg. bis 1 M. gewährt werden. Dies bedeutet für den städtischen Etat bis 31. März 1917 eine Belastung von 6882 M. und für den Fiskus bis 31. Dezember 1916 eine solche von 3345 M. Die Vorlage wurde den Vereinigten Ausschüssen zur Weiterberatung überwiesen.

Uffenen, 24. Juli. (Ueberschreitung der Höchstpreise.) Das Schöffengericht verurtheilte den Händler Moses Strich von hier wegen veruüchter Ueberschreitung der Höchstpreise zu 500 Mark Geldstrafe.

Büffel, 25. Juli. (Kriegswirkungen.) Zur Deckung dringender Kriegsausgaben erhöhte der Gemeinderat den Steuersatz von 170 auf 178 Prozent. Die Gemeinbesteuern bringen infolgedessen jetzt 120 000 Mark nunmehr 128 000 Mark ein.

Sauer, W. Jul. (Lebenswüde.) Aus der Kinsig geländel wurde gefestert die Leiche des 37jährigen Dienstmädchens **Mina Moog** aus Stadheim. Das Rädert wurde seit Mittwoch voriger Woche vermisst. Anscheinend liegt Selbstmord vor. — (Sprengübungen) nimmt das Erst-Bataillon des Eisenbahn-Regiments Nr. 2 heute und morgen, vormittags, in der Sprenggrube des Bruchköbeler Baltes vor.

Julda, 25. Juli. (Große Nahrungsmittelfälschungen) Sieh sich die hiesige Mehl- und Getreidehandlung

M. Vornbaum & Sohn auszuheben kommen. Sie verkauften an Mädelmüller ein sogenanntes Streumehl, das nach den Untersuchungen des Straßburger Lebensmittelamtes aus 14 bis 15 Prozent Sägemehl und 85 bis 96 Prozent Gips bestand. Die höchsten Grade gesundheitsgefährliche Ware wird zu M. Vornbaum & Sohn verkauft. Der Herstellungswert beträgt höchstens 5 bis 6 Mark. Die Firma verkauft das „Mehl“ nach allen Gegenden Deutschlands. Sie bezahlte ihren Reisenden eine tägliche Vergütung von 5 Mark, ganz gleich, ob sie Geschäfte machten oder nicht.

Rassel, 25. Juli. (Verunglückte Soldaten.) Bei Bernau-Hausen stürzten zwei Soldaten in der Schlafftrunkenheit aus einem Buge. Während der eine mit dem Schrecken davonkam, wurde der andere, ein Oberjäger, überfahren und getödtet.

Wexlar, 25. Juli. (Diebstahl.) In der Nacht vom 6. zum 7. Juli wurden hier gestohlen: Ringeineine der zweiten Kriegsanleihe Lit. C. Nr. 1029243 = 1000 Mark, Lit. D. Nr. 1389063 = 500 Mark, Ringeineine der dritten Kriegsanleihe Lit. C. Nr. 4034372 = 1000 Mark, Lit. C. Nr. 4964373 = 1000 Mark, eine brennende Leuchte des Deutschen Reiches vom Jahre 1915 über 100 Mark Lit. G. Nr. 3417362 (F. Walter Morhenn), Lit. G. Nr. 3417346 (F. Jife Morhenn), eine Rubens-Artie über 1000 Mark Nr. 4074, eine Lebensversicherungspolice des Preussischen Beamtenvereins vom 1. November Nr. 52129 über 10000 Mark, drei Versicherungspolices der Deutschen Lebensversicherungsbank, Generalagentur Frankfurt a. M., Nr. 90164, Nr. 95779 und Nr. 127326 über je 3000 Mark, vier Sparlattenbücher der Städtischen Sparkasse Wexlar, ein Schuldschein der Städtischen Badeanstalt Wexlar über 100 Mark, ein Anteilsschein des Städtischen Licht- und Fußbades Wexlar über 10 Mark, eine Unfallversicherungspolice über 10. bezw. 40 000 Mark, eine Herrenuhr mit vergoldetem Rand im Werte von etwa 40 Mark, eine goldene Uhrkette im Einkaufswert von 90—100 Mark, bestehend aus kleinen schmalen Gliedern, ohne Anhänger, mit rundem Hals und ein Fußballstiel.

Aus Frankfurt a. M.

Die Frankfurter Parteimitgliedschaft zur Fraktionshaltung.

In einer überaus stark besuchten Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins im „Vörsenhal“ sprach gestern abend Genosse Reichstagsabg. Scheidemann über das Thema: „Militarismus und Krieg, wobei er sich eingehend mit der Haltung der Fraktionsmehrheit zur Bewilligung der Kriegskredite und zu anderen brennenden Fragen beschäftigte. Leider kam es dabei zu Beginn der Versammlung zu recht unliebsamen Szenen. Nach einem Beschluß der örtlichen Parteileitung und der Vertrauensmänner war der Zutritt zur Versammlung nur den im Frankfurter Sozialdemokratischen Verein organisierten Parteimitgliedern gestattet. Trotzdem versuchte Genosse Reichstagsabg. Vogt, der sich die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft zum Adressaten bestellt hatte, und der Scheidemann schon am Montag abend in Weidenheim entgegengetreten war, mit Hilfe einiger Freunde in den Saal zu kommen. Darüber kam es schon zu einer kleinen Aufregung. Aber Vogt, über die Sachlage aufzuklären, war vernünftig genug und entfernte sich wieder aus dem Saal. Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte dann Genosse Mühlisch den Antrag, Vogt in den Saal zu lassen und ihm in der Diskussion das Wort zu geben. Genosse Metzl sprach dagegen. Mit großer Mehrheit lehnte die Versammlung den Mühlischen Antrag ab. Damit hätten sich die Genossen von der Opposition begnügen müssen. Das taten sie jedoch nicht, sondern versuchten durch fortwährende Rufe die Versammlung zu stören und unmöglich zu machen. Das war eben so nutzlos wie tolllos. Denn als Demokraten hätten sie sich den Mehrheitsbeschluß fügen müssen. Die Arbeiter, aber, wie ein Teil der Opposition fortwährend lärnte und Scheidemann am Reden zu hindern suchte, erweckte den Anschein, als ob es auf eine absichtliche Störung und Sprengung der Versammlung abgesehen sei. Das erregte den Unwillen der Mehrheitsanhänger, und so alles Kreden nichts half, wurde zur Selbsthilfe gegriffen und ein Teil der Störenfriede an die Pforten gesetzt. Dann trat Ruhe ein und Scheidemann konnte seine Rede beginnen.

Zu Beginn wies er auf die kühnsten Egoisten hin, die sich vorher abgespielt hätten, und die die Partei schädigen müßten. Bei den Auseinandersetzungen über die Taktik sollte das Verhalten aller Parteimitglieder nur von der heißen Liebe zur Arbeiterbewegung diktiert sein. Ihm persönlich sei es gleichgültig, wer in der Disziplin spreche; in der Hauptsache komme es ihm darauf an, die Stimmung der Genossen kennen zu lernen. Zum eigentlichen Thema übergehend, betonte er, es gelte nicht, sich von Leidenschaften, sondern an den kühlen Verstand der Mitglieder zu wenden und das vorliegende Material sachlich zu prüfen. Er drehe sich lediglich um die eine Frage: War das Verhalten der Fraktion zum Kriege richtig oder falsch, und steht es im Widerspruch zu irgend einem Beschlusse eines Kongresses, Parteitag oder eines Banktes unseres Parteiprogramms? Nehmer legt eingehend das Verhalten der Partei vor dem Kriege zum Militarismus dar. Das System wurde bekämpft, alle Forderungen für ihn wurden abgelehnt. Unrichtig ist es, daß vor dem Kriege auch die Vaterlandsverteidigung gemeint worden ist. Im Gegenteil! Sein Programm irgend einer Partei verlangt in einem solchen, ungeprägten Sinne die Pflicht zur Vaterlandsverteidigung, wie auch der sozialdemokratischen Partei. Wehrhaftigkeit des ganzen Volkes wird gefordert, damit es in der Stunde der Not sein Vaterland verteidigen kann. Es gilt zu prüfen, ob am 4. oder 6. August 1914 die Volksstimmung so war, daß die Partei hätte die Kredite ablehnen müssen. Unter Hunderttausenden würde sich auch nicht ein einziger gefunden haben, der die Ablehnung der Landesverteidigung gefordert hätte. In den ersten Wochen herrschte eine förmliche Jubelstimmung auch in der Arbeiterschaft über die Siege. Die Genossen Preußen und Luxemburg haben damals versucht, gegen die Fraktionsmehrheit einen Aufruf zu veröffentlichen, in Berlin aber nicht einmal fünf Unterschriften für ihn gefunden. So war die Stimmung in den ersten Kriegsmonaten. Jetzt natürlich ist die Stimmung wesentlich anders. Infolge der Länge des Krieges und der furchtbaren Lebensnot ist Kritik Stimmung eingetreten. Deshalb aber einen Frieden um jeden Preis zu verlangen, wäre dem Lande die größte Unglück für Deutschland. Diese Forderung würde selbst von Leuten aus der äußersten Linken nicht vertreten. Für Deutschland bedeute das nicht das ein Ende mit Schreden, sondern ein Schreden ohne Ende. Könnte dasje würde bei der ersten Bewilligung auch die Erfüllung nicht abzugeben haben, wenn die Zustimmung zu den Krediten wirklich so schlimm sei, wie es jetzt von einigen Leuten dargestellt wird.

Die Partei hat sich eben in vielen Dingen geirrt. Auf dem
Jenauer Parteitag noch hat Debel erklärt, bei Ausbruch eines
Krieges werde innerhalb vier Wochen jedes zinsfügige Reichs-

dem Zusammenbruch; Rat und Arbeitslosigkeit würden eintreten. Das ist nicht eingetroffen. Der Kapitalismus brach nicht zusammen; er erwies sich als sehr anpassungsfähig. Arbeit ist in Hülle und Fülle vorhanden, und Lebensmittelpreis hat man in den ersten Kriegsmomenten auch nicht gespürt; die ist erst später gekommen. Sie ist durch die Abwehrmaßnahmen Englands bewirkt worden. Uebrigens ist es das Kriegsziel der englischen Regierung, nach Friedensschluss den wirtschaftlichen Krieg gegen Deutschland noch lange fortzusetzen. Die deutsche Industrie soll vom Weltmarkt ferngehalten werden. Für Millionen deutsche Arbeiter bedeutet das Hungerloos. Jetzt ist man natürlich klüger. Je geringer die Gefahr, daß ihnen etwas passieren könne, desto schlimmer haben sich die Radikalen gebärdet. Radet und Bannelmeier waren die ersten, die ins Ausland gingen und von dort aus den deutschen Arbeitern ihre Taktik vorschrieben und gegen die Fraktionsmehrheit behaupteten. Man rede vom Klassenkampf. Die Folge eines solchen Klassenkampfes wäre die, daß alle die, die sich weigerten, zu arbeiten, in den dunklen Koff gesteckt und als Soldaten dazu gezwungen würden, natürlich für bedeutend geringere Entschädigung.

Daß die Grundzüge der Politik sein sollen, wegen selbst die Genossen von der Opposition nicht zu sagen; aber gegen die Parteifraktion sei verstanden, behaupten sie. Dabei will Radet auch Mittel zur Vaterlandsverteidigung bewilligen, wenn — die Russen an der Oder oder die Franzosen am Rhein stehen. Da ist es doch richtig, die Grenzen zu verteidigen, damit der Feind nicht erst ins Land hineinkommt. (Sehr richtig!) Nebener (schreit das furchtbare Gerede in den Kriegesgebieten in Belgien und Nordfrankreich. Selbst Bernstein hat früher geschrieben, jede kriegsführende Macht müsse bestrebt sein, den Krieg aus dem eigenen Lande fern zu halten. Bei dem furchtbaren Unglück eines Krieges an und für sich schon ist es immer noch ein Glück, daß sich der Krieg nicht bei uns direkt abspielt.

Run wird auch vom Eroberungskrieg gesprochen, weil deutsche Truppen im Osten kämpfen. Engels habe schon nachgewiesen, daß in früheren Kriegen der Rhein am Po verteidigt worden ist. Den bekannten Annexionsforderungen der sechs Wirtschaftsverbände ist die Fraktion sofort in einer gebarnigten Erklärung entgegengetreten, auch der Reichstagsfraktion hat sie zurückgewiesen. Ferner ist bei jeder Kreditzuteilung die Forderung nach Frieden erhoben worden. Vom feindlichen Ausland jedoch ist die deutsche Regierung bei ihrer Ausrichtung der Forderungen regelmäßig mit klugem Gohn überlassen worden. Schiedemann bestreitet entschieden, daß irgend eine Solidarität der Fraktion zur Regierung besteht. Alle derartige Behauptungen seien Schwindel. Der Wunsch nach Frieden ist nicht so leicht zu erfüllen. Die deutsche Sozialdemokratie kann ja nicht einmal mit ihren eigenen Brüdern im feindlichen Ausland zusammenkommen. Der Versuch ist mindestens zehnmal gemacht worden. Durch die Ablehnung der Kredite wäre der Frieden nicht schneller gekommen, auch die Engländer hätten nicht mehr Lebensmittel hereingelassen. Die Zustände wären im Gegenteil schlimmer geworden.

In seinen weiteren Ausführungen weist der Redner ferner darauf hin, wie sich die Partei bei Wahlen stets gegen den Vorwurf der Vaterlandslosigkeit wehren mußte. Deshalb sei es unzulässig, jetzt das Vaterland im Stich zu lassen. Sogar kommt, daß die Fraktion durch ihr Verhalten der Partei ein außerordentlich großes Reputationsgebiet geschaffen hat in Kreisen, die uns bis jetzt fernstanden. Die Stimmung auch der Arbeiterschaft wäre sicher anders gewesen, wenn der Krieg nach einigen Monaten glänzend beendet worden wäre. Siehst du aber durch die ganz erklärte Mithimmung der Bevölkerung leiten zu lassen, ist für einen Abgemessenen äußerst gefährlich. Ein elender Feigling ist es, der sich durch irgend eine Stimmung von seiner Überzeugung abbringen läßt. Überzeugung ist des Mannes Ehre! (Zustimmung!)

Ausführlich bespricht der Redner die bekannten Vorgänge in der Partei, die gegen die Fraktion gerichteten Angriffe und erwähnt einige der markantesten Fälle der sogenannten Hintertreppennpolitik der Fraktion. Bei all ihrem Tun und Handeln hat sie sich stets von den Beschlüssen der Internationale in Stuttgart und London abgelehnt. Das Verhalten der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zu dem Kapitalabfindungsgeheim, dem Reichsvereinsgesetz und dem Kriegsteilnahmegeheim ist nach der Ansicht des Redners eine Politik der verfallenen armen Theorie. Die Partei hat früher mit Bethmann Hollweg nichts zu tun. Nach dem Krieg aber ist es das kleinere Übel; er will eine noch vorwärtsgewandte Politik betreiben. Ist er erst gestürzt, wird es der Arbeiterschaft schwer fallen, neue Rechte zu bekommen. Von einer Neuorientierung wird keine Rede sein. Die Partei darf auch keine Klassenpolitik betreiben, sondern Massenpolitik, das heißt, die Arbeiterschaft muß sich die Macht erkämpfen, die sie zur Verwirklichung ihrer Forderungen braucht. Das Schicksal der Partei ist blank und rein. Sie kann mit ihm ruhig vor das Volk, die sozialdemokratische Arbeiterschaft und auch vor die Internationale treten. (Rauschender lebhafter Beifall.)

Zur Eröffnung der Diskussion wollte der Vorsitzende zunächst einen Vertreter der Opposition das Wort geben. Es beehrte aber niemand das Wort. Als erster Redner bedauerte Genosse Dr. Sinaheimer, daß kein Vertreter der Opposition das Wort ergreift. Wir müssen uns also ohne die Opposition mit der Rede Schiedemanns begnügen. Ich hätte gewünscht, daß das Thema nicht gelangt hätte: Reichstag und Krieg, sondern Reichstag und Frieden, denn die Friedenssehnsucht überwiegt heute alle anderen Fragen. Wie kommen wir zum Frieden? Das ist die Frage, die heute alle Kreise beschäftigt. Ich gehe zu, daß Schiedemann mit dem Parteivorstand alles getan haben, um den Krieg zu verhindern; aber ebenso bedauere ich, daß wir nicht die Kraft haben, eine Verständigung mit den anderen Nationen zu erzielen. Wenn die Verständigung bis jetzt nicht ermöglicht wurde, dann ist das nicht die Schuld der deutschen Mehrheit, sondern der Sozialisten der Entente. Und unwillkürlich ist es auch eine Schuld der Opposition, die durch ihr Verhalten die Position von Bamberger und den anderen Sozialisten stärkt. Im weiteren ist es notwendig, Klarheit über die Kriegsziele zu erlangen. Dazu ist es bis jetzt bei den bürgerlichen Parteien noch nicht gekommen. Und auch die Fraktion muß darauf dringen, Klarheit darüber zu schaffen, was der Reichstagsler will. Darüber besteht noch keinerlei Klarheit. Wir müssen zu den Wählern reden, ihnen sagen, was wir wollen und was wir nicht wollen. Für die Zukunft müssen die Kräfte aufgewandt werden zum Kampfe gegen die Annexionsisten. Die Annexionsisten arbeiten planvoll, und wenn wir sie bekämpfen wollen, müssen wir sagen, was der Sinn des Krieges ist: wir müssen ein einheitliches Europa schaffen. Nur so sichern wir den Frieden. Ein Friede, der sich nur auf den Balkan aufbaut, das ist kein dauernder Friede.

Genosse Graf: Ich bin mit den Friedenszielen Sinaheimers einverstanden; aber Voraussetzung ist, daß wir in der Partei zunächst einmal einig sind. Das wir heute Abend erzielt haben, das war beschämend. Aber nicht allein diese Szenen sind betrübend: noch schlimmer ist das Treiben gegen die „Volksstimme“. Wer so, wie es jetzt geschieht, gegen die „Volksstimme“ behauptet, daß sie Salomons, die hinausgeworfen werden müssen. Wir müssen die Einheit wahren, um nach dem Kriege die Situation auszugleichen im Interesse der Partei.

Genosse Margraf: Es ist schmerzhaft, zu sehen, wie sehr wir uns zerfleischen; denn dabei übersteht man eines: eine Spaltung würde nicht auf die Partei beschränkt bleiben, sie würde auch auf die Gewerkschaften übergehen. Welche Gefahren das für die Arbeiterbewegung in sich birgt, brauche ich nicht näher zu erklären; die Unternehmer würden davon den Nutzen haben. Denn wir müssen uns klar sein, daß wir nach dem Kriege erste Kämpfe zu gewärtigen haben. Deshalb ist die Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterbewegung unbedingt notwendig.

Genosse Harris bezeichnet es als unverantwortlich, wie in diesem Streit die Kräfte gesplittet werden, statt sie zusammenzufassen und zu verwerthen. Denn wir brauchen diese Kraft nicht nur zum Aufbau unserer Organisation, sondern auch zur Erhaltung unserer Wirtschaft. Die im Schöpfen liegen, werden es nicht verstehen, wie jetzt die Arbeiterschaft sich bekämpft.

Im Schlußwort äußert sich Schiedemann zu verschiedenen in der Aussprache angeregten Fragen. Die Hauptfrage ist mit die, ob nach dem Krieg die Industrie beschäftigt werden kann und es der Arbeiterschaft gelingt, die Löhne zu erhöhen. Ist sie einig, dann wird sie Forderungen stellen müssen. Es ist schlimm, wenn jetzt Hunger Frauen und Männer durch das Land ziehen und den Arbeitern sagen, sie müssen sich auf etwas anderes bekümmern. Die Arbeiterpolitik wird auch in den nächsten Jahren nicht auf der Straße, sondern im Parlament gemacht werden müssen; sie darf nicht von der Torheit oder Phrasen abhängig sein. Selbstverständlich ist es, daß die Reaktion den Friedensgedanken ohne Annahmen weiter propagiert und auch die Freigabe der Erörterung der Kriegsziele verlangt. Der Eindruck, den wir damit machen können, ist abhängig von der Einheit der Partei. Bei der gegenwärtigen Bewusstseinsfreiheit muß dem Gegner gegenüber Einheit, Disziplin und geschlossenes Vorgehen verlangt werden. Nur dann kann Beseitigung aller Verhältnisse erwartet werden, die uns heute bedrücken. (Beifall.)

Hierauf gelangte mit allen gegen 2 Stimmen folgende Resolution zur Annahme:

„Die Reichstagsfraktion des Sozialdemokratischen Vereins Frankfurt a. M. stimmt den Ausführungen des Referenten Schiedemann über die Haltung der Reichstagsfraktion zu. Sie stellt sich erneut auf den Boden der von der Reichstagsfraktion eingeschlagenen Politik.“

Die Versammlung begrüßt besonders alle Maßnahmen der Reichstagsfraktion zur Erreichung des Friedens. Sie hat das Vertrauen zu ihr, daß sie sich noch mehr auf eine weitere Klärung der deutschen Kriegsziele hinwenden und auch weiterhin kein Mittel unversucht läßt, um eine Aussprache mit den Verbündeten des feindlichen Auslandes zu erreichen. Sie bedauert das Verhalten des Vorsitzenden des Internationalen Bureaus, durch das eine solche Aussprache bisher verhindert wurde, und spricht mit allem Nachdruck aus, daß dieses Verhalten ein Haupthindernis für die Erreichung eines baldigen Friedens ist, den die Völker wünschen.

Die Versammlung ersucht die Fraktion, gegenüber den immer mehr organisiert auftretenden Bestrebungen der Annexionspolitiker abermals den Friedenswillen des Volkes zum Ausdruck zu bringen und ihre ganze Kraft für die Erreichung eines europäischen Friedens einzusetzen, der sein Volk verewaltigt.“

Gewerbliches Urteil. Der ehemalige Frankfurterrentant Karl Kitz in Nied hatte sich nach Kriegsausbruch mit dem Zeitungsdrucker Leo Kagenstein zum Kartoffelhandel zusammengetan. Ein Schuhmann, der 12. Januar „prima Inbustriellartoffeln“ von der Firma bezog, fiel dabei glänzend herein, denn die prima Kartoffeln waren überaus. Das Schöffengericht hatte den Kitz, der das Geschäft mit dem Schuhmann abgefallen hatte, wegen vorsätzlichen Betruges gegen das Nahrungsmittelgesetz zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Strafkammer als Berufungsinstanz hielt nun Nachlässigkeit für nachgewiesen und ermäßigte die Strafe auf 75 Mark.

Ein gefälliger Kollege. Rein aus Gefälligkeit, so schien es, pflegte der Milchhändler Ludwig B. als hier einer Kollegin die Milch vom Obstmarkt mitzubringen, bis es herauskam, wie er sich bezahlt machte. Die Milchhändlerin geriet in den Verdacht zu pöbeln, es gelang ihr aber, den Nachweis zu führen, daß die Milch aus dem Wege vom Obstmarkt vor ihrem Geschäft vor sich ging. Da konnte den Milchhändler nicht viel helfen. Er hat immer von der Vollmacht der Händlerin etwa fünf Liter abgenommen — da der Nachweis oben drüber war es das beste — und dafür Magermilch hinzugegeben. Das Schöffengericht verurteilte ihn wegen Unterschlagung und Nahrungsmittelverfälschung zu zwei Monaten Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe.

Erhöhung der Kartoffelsteuer. Vom Lebensmittelamt wird uns geschrieben: Die Verordnung des Magistrats vom 22. Juni dieses Jahres betreffend die Herabsetzung der Kartoffelsteuer wird hierdurch aufgehoben und folgendes bestimmt: Auf die zehn Pfund-Kartoffelscheine dürfen von Mittwoch den 26. ds. Mts. wieder zehn Pfund Kartoffeln von den Händlern veräußert werden, soweit diese Scheine nicht mit dem „A“-Stempel versehen sind. Die mit dem „A“-Stempel abgestempelten 10-Pfund-Scheine berechnen sich zum Bezug von je 5 Pfund Kartoffeln, da auf diese Scheine ein Brotlochen als Ersatz ausgehängt worden ist.

Befehlshaberfreie Eier. Dem Lebensmittelamt ist es gelungen, einen Posten befehlshaberfreie Eier zu beschaffen. Dadurch werden die Eierverkaufsstellen in die Lage versetzt, bei der nächsten Verteilung 2 Eier auf den Kopf der Bevölkerung verteilen zu können. Da die befehlshaberfreien Eier jedoch im Preise erheblich teurer sind als unsere schließelmäßig überkauften Eier, so ist das Lebensmittelamt gezwungen, einen Durchschnittspreis von 27 Pfennig pro Stück festzusetzen. Wenn die Verteilung beginnt, wird noch näher bekannt gemacht.

Schwindel unter der Maske eines eifrigen Reisenden. hatte der Telefonkammer Julius Kauschkeiner betriebl. Er ist deshalb vom Landgericht Wiesbaden (Baden) am 16. März wegen fortgesetzten Betruges und fortgesetzter schärferer Urkundenfälschung zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Angeklagte hatte sich von zwei Kompensobrillen in Frankfurt a. M. Kaufverträge mit Rimmensampeln zu verschaffen gewußt und kaufte sich alsdann zwei Karbidlampen, eine große und eine kleine. Mit diesem Material ausgerüstet, begab er sich auf die Reise, aber nicht auf eine ehrliche Geschäftsfahrt, sondern auf eine Schwindelfahrt. Er sprach nämlich bei verschiedenen Firmen vor, daß sich hier als Reisender der einen oder anderen Fabrik, von denen er die vorerwähnten Kaufverträge vorgezeigt, aus und wußte auf diese Weise Bestellungen auf Lampen zu erhalten. Von den Bestellern, welche glaubten, es mit einem ehrbaren Reisenden der betreffenden Fabrik zu tun zu haben, ließ er sich die Preise gleich bezahlen oder wenigstens eine Anzahlung leisten und verschwand dann auf Rimmerwiebersehen. Bei den Bestellern hatte er den irdigen Eindruck erweckt, als sei er von den beiden Firmen beauftragt, Bestellungen zu suchen und Geld in Empfang zu nehmen. Gegen das Urteil hatte der Angeklagte Revision eingelegt, die jetzt vom Reichsgericht verurteilt wurde.

Telegramme.

Unterseeboot und Flugzeug.

Berlin, 25. Juli. (B. V. Amtlich.) Am 24. Juli nachmittags wurde nördlich Zebrügge ein englischer Doppeldecker von einem unserer Unterseeboote angegriffen und zum Niedergehen auf dem Wasser gezwungen. Die Insassen, zwei Offiziere, wurden von einem unserer Flugzeuge gefangen genommen und hierauf mit einem ihrer Flugzeuge an Bord eines Torpedobootes befördert und nach Zebrügge gebracht.

Frankzösische Parlamentskontrolle.

Paris, 25. Juli. (B. V. Amtlich.) Meldung der „Agence Havas“. Kammer. Nach einer Rede des Ministerpräsidenten Briand, der die Erörterungen über die Vorschläge für die Kontrolle des Parlaments bei den Armeen zusammenfaßte und sich für Zusammenarbeit des Parlaments und der Regierung, beider innerhalb ihrer verfassungsmäßigen Rechte aussprach, hat die Kammer die ersten Artikel eines vermittelnden Entwurfes des Heeresauschusses angenommen. Danach wird eine Abordnung von 30 Parlamentsmitgliedern eingesetzt, welche alle drei Monate auf Vorschlag der Hilfsausschüsse von der Kammer gewählt und mit Ausübung der Kontrolle an Ort und Stelle bei der Armee beauftragt werden, welche die Regierung fördern wird in der Voraussetzung, daß

sie sich in Entwurf, Leitung und Ausführung der Armeen lungen nicht einmischen werden.

Paris, 26. Juli. (B. V. Amtlich.) Die Kammer beschloß weiterhin 30 Delegierte aufgrund der Liste, die doppelt so viel Namen zu wählen, die von den Ausschüssen für Heer, Staatshaushalt, Marine und Gesundheitswesen aufgestellt werden soll. Im Seeresdienst stehende Abgeordnete sollen nicht wählbar sein. Der Berichterstatter Lachour beantragte darauf die Zurückweisung des Entwurfes des Heeresauschusses zu einer zweiten Lesung. Briand unterstützte den Antrag, der mit 449 gegen 6 Stimmen angenommen wurde.

Englisch-französische Heeresberichte.

London, 26. Juli. (B. V. Amtlich.) Amtliche Meldung General Haig meldet: Ein Versuch des Feindes, gestern mit unseren rechten Flügel anzugreifen, scheiterte. Zwei Infanterieangriffe im Zentrum waren ebenfalls erfolglos. Wir gewannen trotz erbitterten Widerstandes der Deutschen Gelände nach Pozieres.

London, 26. Juli. (B. V. Amtlich.) Amtliche Meldung: Den ganzen Tag heftiges Bombardement und Bombenkampf der gesamten Schlachtfeldfront. Die Deutschen versuchten einen sonderbaren Angriff bei Pozieres und wurden durch Geschützfeuer zurückgeschlagen.

Paris, 26. Juli. (B. V. Amtlich.) Amtlicher Bericht: Dienstag Abend. Außer einem heftigen Bombardement in Gegend von La Bassée am rechten Randufer ist kein bedeutendes Ereignis von der ganzen Front zu melden.

Belgischer Bericht: Weidertätigkeit an belgischen belgischen Frontpunkten. Das Bombardement in der Gegend von Boesinghe ist heftig.

Italienischer Tagesbericht.

Rom, 26. Juli. (B. V. Amtlich.) Amtlicher Bericht. Lagorinalal nachende Tätigkeit der feindlichen Artillerie. Der Front Posten-Artillerie bemächtigen sich unsere Truppen nach tigem Nachdruck am Morgen des 24. Juli des Monte Cim Auf der Höhe von Asago unternahm der Feind in der Nacht vom 24. Juli zwei heftige Angriffe gegen die von uns eroberten Verschanzungen beim Monte Jorio. Das 40. Bersaglieri-Bataillon (14. Regiment) warf ihn jedesmal unter schweren Verlusten für zurück und bemächtigte sich durch Bajonettangriff einer anderen Verschanzung, wobei es einige Gefangene machte und ein Maschinengewehr erbeutete. Weiter nördlich erneuerten die Feind ihre Anstrengung gegen einen steil abfallenden, über 200 Meter hohen Felswall zwischen den Gipfeln des Monte Chiavari und Monte Campignoletta. Unter dem unaufhörlichen Feuer feindlicher Maschinengewehre drangen sie in drei Hindernissen ein. Es gelang ihnen, sich unterhalb des Gipfels festzusetzen. In der Gegend der Fossa-Alpen dehnten die Feind trotz schlechtem Wetter das von ihnen besetzte Gelände bis zum kleinen Cerametal aus. An der übrigen Front Tätigkeit der Artillerie und Schützengraben, am stärksten im oberen Hellatal, auf den Höhen zwischen dem Ort und in der Gegend des San Michele (San Feidische Hügel) warfen in der Frühe des 24. Juli Bomben. San Giorgio di Rogaro und andere Ortschaften am unteren Jura Personen fielen dem Angriff nicht zum Opfer. Ein Haus in Brand gesetzt.

Anordnung betr. Reisebrotmarken.

Auf Grund der preussischen Ausführungsanweisung zur Anordnung über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl usw. vom 27. Juli 1915 zu § 50 Absatz 2 Ziffer 3g in Verbindung mit der Bundesratsverordnung über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl aus dem Erntejahr 1915 vom 28. Juni 1915 (Reichs-Gesetz S. 388) bezügl. der Befristung über Brotgetreide und Mehl aus der Ernte 1916 (Reichs-Gesetz S. 613) wird hiermit folgende preussische Kommunalverbände folgende Anordnungen erlassen:

1. Gemäß einer mit der Königlich Preussischen Regierung getroffenen Vereinbarung sind die Angehörigen von Kommunalverbänden des Königreichs Sachsen berechtigt, an ihrem Aufenthaltssorte im Königreich Preußen gegen sächsische Reisebrotmarken Brot zu beziehen.
2. Die sächsischen Reisebrotmarken haben auf weißem Papier einen grünen Streifen und den Aufdruck: Königreich Sachsen, Reisebrotmarke 40 Gramm Gebäck — und das sächsische Landwappen.
3. Umgekehrt erhalten die Angehörigen preussischer Kommunalverbände an ihrem Aufenthaltssorte im Königreich Sachsen gegen die durch unsere Anordnung vom 26. Juni 1916 eingeführten preussischen, auf 40 Gramm Gebäck, 10 Gramm laubenden Reisebrotmarken.
4. Den preussischen Reisebrotmarken stehen die in Hohenzollern — Regierungsbezirk Sigmaringen — zur Ausgabe gelangenden Hohenzollernischen Reisebrotmarken gleich. Hinsichtlich ihrer Gültigkeit auch im Königreich Sachsen bemerkt es bei der feineren über mit unserer Zustimmung getroffenen Vereinbarung zwischen der Königlich Preussischen Regierung und dem Regierungspräsidenten zu Sigmaringen.

Diese Anordnung tritt mit dem 13. Juli 1916 in Kraft.

Berlin, den 12. Juli 1916.

Preussisches Landes-Getreide-Amt

Wird veröffentlicht.

Wiesbaden, den 24. Juli 1916.

Der Magistrat

Eierkarten.

Die Abholer von neuen Brotmarken erhalten von heute ab während der nächsten 4 Wochen gleichzeitig neue Eierkarten in der Städtischen Kartenabgabe, Schmalbacher Straße ausgehändigt. Die Karten haben bis auf weiteres noch Gültigkeit.

Wiesbaden, den 24. Juli 1916.

Der Magistrat

Abgabe von Lebensmitteln

an Kranke.

Von Montag den 31. Juli ab erhalten die Inhaber von Lebensmittel-Bezugscheinen für Kranke die ihnen ärztliche Verordnung zugehörenden Mengen von Butter, Eiern und Hülsenfrüchten in dem Städtischen Verkauf, Schmalbacher Straße 1.

Wiesbaden, den 25. Juli 1916.

Der Magistrat